

Mitteilungen

FOLGE 165
FEBRUAR 2004

NEUERSCHEINUNG HERWIG CZECH ERFASSUNG, SELEKTION UND „AUSMERZE“

Das Wiener Gesundheitsamt und die Umsetzung der nationalsozialistischen „Erbgesundheitspolitik“ 1938 bis 1945

In keinem Staat der Geschichte spielte die Medizin eine ähnlich inhumane Rolle wie im „Dritten Reich“. Das ideologische Ziel einer „erbgesunden“, „rassisch reinen“ und leistungsfähigen „Volksgemeinschaft“ beinhaltete die Diskriminierung, Aussonderung und oft Vernichtung von als „minderwertig“ definierten Menschen. Im Rahmen der „Erb- und Rassenpflege“ durchkämmte das Gesundheitsamt die Bevölkerung nach sozial Unangepassten, geistig Behinderten und psychisch Kranken. Allein in Wien wurden mehr als 700.000 Personen im Hinblick auf eventuelle rassenhygienische Maßnahmen erfasst, wobei das Spektrum von der systematischen Diskriminierung bei der Vergabe von Sozialleistungen über staatlich erzwungene Sterilisierung, Internierung in Jugendfürsorgeanstalten und Zwangsarbeitslagern bis hin zur Ermordung im Rahmen der „Euthanasie“ reichte. Nun liegt erstmals eine systematische Untersuchung der menschenverachtenden Praxis der medizinischen Rassenhygiene in Wien vor.

*Der Autor Herwig Czech ist Mitarbeiter des DÖW und betreut zwei Ende 2003 angelaufene Projekte zur Geschichte der Wiener Gesundheits- und Sozialverwaltung in den Jahren 1938 bis 1945 bzw. zur Geschichte des Wiener öffentlichen Gesundheitsdienstes zwischen 1930 und 1960. Im Folgenden beschreibt **Herwig Czech** die Grundzüge seiner im Jänner 2004 präsentierten Publikation.*

Die Rolle des Gesundheitswesens im Nationalsozialismus ging weit über eine allgemeine Politisierung, wie sie in totalitären Regimes für sämtliche Bereiche kennzeichnend ist, hinaus. Die Medizin hatte die Aufgabe übernommen, mit der Idee eines „gesunden Volkskörpers“ eines der zentralen Elemente der nationalsozialistischen Ideologie zu verwirklichen. Neben der territorialen Expansion und der Vernichtung der Juden stand die Beseitigung der ökonomisch, sozial und medizinisch definierten „Minderwertigen“. So wie der völkische Antisemitismus wurde auch der „eugenische Rassismus“ (Gisela Bock) von der propagandistischen Vernichtungsmetapher zum realen Mord radikalisiert. Es war der Medizin als Wissenschaft und als institutioneller Praxis vorbehalten, die entscheidenden Begriffe, Techniken und Prozeduren für den ersten bürokratisch-industriellen Massenmord der Geschichte (in der so genannten „Aktion T4“) zu entwickeln. Nimmt man das Gesundheitswesen in den Blick, so wird schnell deutlich, dass die Krankenmorde nicht isoliert zu betrachten sind. Sie stellen vielmehr den radikalsten Ausdruck eines grundsätzlichen Paradigmenwechsels in der Gesundheits- und Sozialpolitik dar, die die Inte-

ressen einer fiktiven „Volksgemeinschaft“ (die sich nur negativ im Akt des Ausschlusses/der Selektion konkretisierte) prinzipiell über die Rechte des Individuums stellte.

Die Gesundheitsämter erfuhren im Nationalsozialismus eine grundlegende Verän-

derung, da sie mit der so genannten „Erb- und Rassenpflege“ die Durchführung eines der zentralen Projekte des Regimes übertragen bekamen. Dieses beschränkte sich nicht auf isolierte Maßnahmen, sondern durchdrang mit dem Prinzip der systematischen Ungleichbehandlung der Menschen in Abhängigkeit von ihrem



Peter (Piotr) Miszazek,
geboren am
9. Mai 1922

Der polnische Landarbeiter Peter (Piotr) Miszazek wurde am 15. Oktober 1941 wegen „Arbeitsflucht und Arbeitsverweigerung“ von der Gestapo Wien erkennungsdienstlich erfasst.

Er wurde in das KZ Auschwitz überstellt, wo er am 21. März 1942 umkam.

Nicht mehr anonym

Rund **2.700 Fotos** aus der Erkennungsdienstlichen Kartei der Gestapo Wien und Kurzbiographien der Opfer im Internet

www.doew.at

„Erbwert“ potenziell alle Bereiche der Gesundheits- und Sozialpolitik.

Wien nimmt in dieser Hinsicht eine besondere Stellung ein. Unter der Bevölkerung der zweitgrößten Stadt des Reiches vermutete man einen besonders hohen Anteil an „Minderwertigen“. Neben der in Wien besonders radikalen Verfolgung der Juden schlug sich das in einer systematischen Kampagne der Gemeindeverwaltung gegen Behinderte, psychisch Kranke und so genannte „asoziale“ Jugendliche und Erwachsene nieder.

Mit der Einführung des „Gesetzes zur Vereinheitlichung des Gesundheitswesens“ in der „Ostmark“ wurde die nationalsozialistische Reform des öffentlichen Gesundheitswesens auch hier durchgesetzt. Das Gesetz sah die Bildung eines dichten Netzes von Gesundheitsämtern vor, die mit einer Fülle neuer Aufgaben betraut wurden. Die wichtigsten davon betrafen die so genannte „Erb- und Rassenpflege“, in deren Rahmen die verschiedensten eugenischen und „rassenhygienischen“ Maßnahmen institutionalisiert wurden. Die Gesundheitsämter wurden in der Folge zu einem der wichtigsten Instrumente der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik.

Im Gegensatz zur universitären „Rassenhygiene“ und zur parteiamtlichen Gesundheitspolitik verfügte die öffentliche (staatliche und kommunale) Gesundheitsverwaltung über die strukturellen Voraussetzungen, die „Erb- und Rassenpflege“ auf breiter Ebene in die Praxis umzusetzen. Als wesentlicher Faktor ist hier die Tatsache zu nennen, dass die Gesundheitsämter verbrecherische Maßnahmen mit der doppelten Autorität öffentlicher Gewalt und wissenschaftlicher Legitimation durchsetzen konnten. Hinzu kommt noch das Gewicht institutioneller und personeller Kontinuitäten — die NS-Funktionäre brachten 1938 mit der Wiener Gemeindeverwaltung u. a. auch ein mächtiges Potenzial bürokratischer Erfahrung in medizinischer und fürsorgerischer Intervention unter ihre Kontrolle, das relativ widerstandslos für das eugenische Projekt des NS-Staates zu mobilisieren war.

Den Kernbereich der institutionalisierten „Rassenhygiene“ in Wien bildete die Abteilung „Erb- und Rassenpflege“ des Hauptgesundheitsamtes, deren Geschäftsverteilung sich wie ein Inventar der eugenischen Maßnahmen des NS-Staates liest. Die Abteilung war für die Durchsetzung des „rassenhygienischen“ Paradigmas in

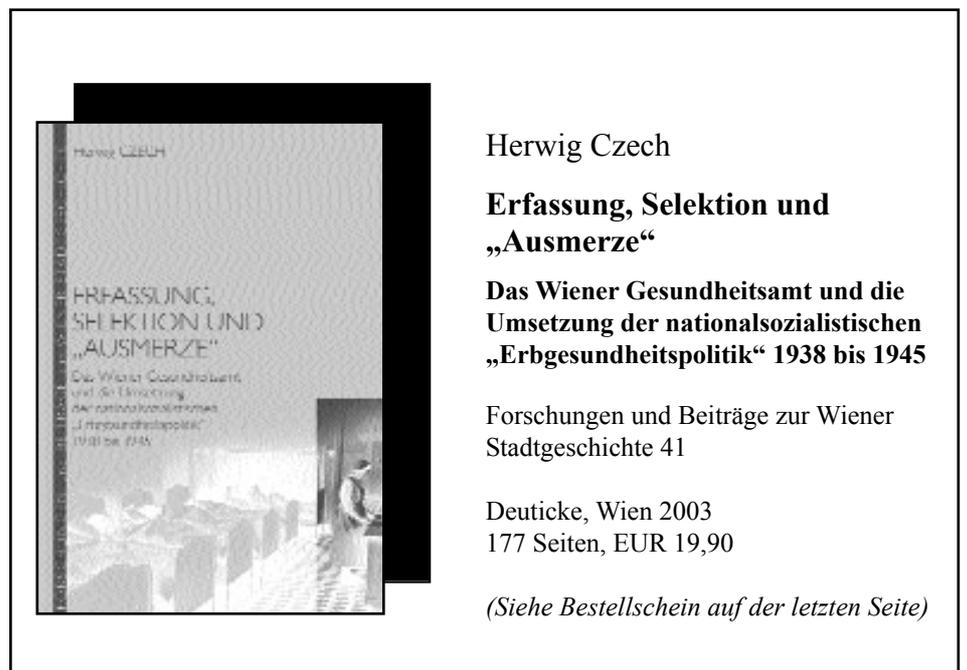
der gesamten Gesundheits- und Sozialverwaltung zuständig. Die wichtigste Voraussetzung dafür war die so genannte „erb-biologische Bestandsaufnahme“, die das Ziel einer vollständigen Erfassung aller gesundheitlich und sozial belastenden Informationen über die Bevölkerung verfolgte. Wien verfügte mit bis zu 767.000 erfassten Personen über eine der größten „Erbkarteien“ des „Dritten Reiches“. Diese stand in engem Zusammenhang mit den wichtigsten eugenischen Maßnahmen des NS-Staates in Wien. Das gilt sowohl für den Bereich der „positiven Eugenik“ (Kinderbeihilfen, Ehestandsdarlehen u. Ä.) als auch für die „ausmerzenden“ Maßnahmen der „negativen Eugenik“: Eheverbote, Internierung so genannter „Asozialer“, Zwangssterilisierungen bis hin zur Vernichtung von „lebensunwertem Leben“ im Rahmen der „Kindereuthanasie“.

Auch in der Jugendfürsorge hielt das „rassenhygienische“ Paradigma Einzug. Kinder und Jugendliche wurden nach ihrer Leistungs- und „Bildungs“fähigkeit („Lebensbewahrung“) bzw. ihrem „Erbwert“ eingeteilt und unterschiedlich behandelt. Aufgrund von Verstößen gegen die paramilitärischen Normen der NS-Gesellschaft oder Bagatelldelikten wurden Jugendliche als „asozial“ bzw. „erb-biologisch minderwertig“ definiert und in Jugendfürsorgeanstalten bzw. eigenen Jugend-Konzentrationslagern einer grausamen Disziplin und systematischen Misshandlungen unterworfen.

Die „Wiener städtische Jugendfürsorgeanstalt ‚Am Spiegelgrund‘“ markiert einen Übergang von der erb-biologischen Dis-

kriminierung zur Ermordung „lebensunwerten Lebens“. Sie wurde auf dem Gelände der Heil- und Pflegeanstalt „Am Steinhof“ eingerichtet, nachdem mehr als 3.200 PatientInnen in die „T4“-Vernichtungsanstalt Hartheim (OÖ) deportiert und vergast worden waren. Die Selektion und Ermordung von behinderten Kindern wurde in der Folge zu einem fixen Bestandteil der kommunalen Kinder- und Jugendfürsorge. Knapp 800 junge Menschen wurden in den Jahren 1940 bis 1945 im Rahmen dieses medizinischen Selektions- und Vernichtungssystems zu Tode gebracht. Ihre Gehirne wurden bekanntlich bis vor zwei Jahren für wissenschaftliche Zwecke aufbewahrt. In diesem Zusammenhang soll nicht vergessen werden, auf die Opfer der so genannten „wilden Euthanasie“ hinzuweisen, obwohl diese Aktion in weniger direktem Bezug zur „Erb- und Rassenpflege“ zu sehen ist. Nach einer Schätzung von Peter Schwarz kamen rund 3.500 Steinhof-PatientInnen zwischen dem Stopp der „Aktion T4“ im August 1941 und Kriegsende als Folge einer Politik der systematischen Vernachlässigung, Unterernährung und der willentlichen Förderung von Infektionskrankheiten um.

Auch im Rahmen der rassistischen Politik gegen Juden, Roma und Sinti kam der Gesundheitsverwaltung eine nicht unwesentliche Rolle zu. Jüdische PsychiatriepatientInnen wurden verstärkt in die Mordaktion „T4“ einbezogen. Der Ausschluss jüdischer FürsorgeempfängerInnen und PatientInnen aus der Betreuung durch kommunale Einrichtungen war integraler Bestandteil eines allgemeinen Prozesses der Segregation und Ghettoisie-



Herwig Czech

Erfassung, Selektion und „Ausmerze“

Das Wiener Gesundheitsamt und die Umsetzung der nationalsozialistischen „Erbgesundheitspolitik“ 1938 bis 1945

Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte 41

Deuticke, Wien 2003
177 Seiten, EUR 19,90

(Siehe Bestellschein auf der letzten Seite)

nung, der die Voraussetzung für die späteren Deportationen in die Vernichtungslager bildete. Die Gesundheits- und Wohlfahrtsbehörden beteiligten sich auch an der Erfassung und Deportation der „Zigeuner“ in Wien, für deren Internierung die Stadt Wien die Errichtung eines eigenen Lagers plante. Die anthropologische Abteilung des Hauptgesundheitsamtes gab Gutachten über die rassistische Einordnung von Juden, Roma und Sinti ab und verschaffte so den Verfolgungsmaßnahmen eine scheinwissenschaftliche Legitimation.

Ein weiterer für Wien bislang völlig unbeachteter Aspekt ist die Politik gegen schwangere Fremdarbeiterinnen und ihre Kinder. Die Stadtverwaltung errichtete eine eigene Baracke für Abtreibungen an ausländischen Arbeiterinnen und beteiligte sich an der selektiven Vernichtungs- bzw. Germanisierungspolitik gegen deren Kinder. Wurde der erwartete Nachwuchs schwangerer Arbeiterinnen als bevölkerungspolitisch unerwünscht eingestuft (was beispielsweise bei „Ostarbeiterinnen“ regelmäßig der Fall war), so nötigten Arbeitseinsatzverwaltung, Polizei und Mediziner die Frauen zu einer Abtreibung. Kamen dennoch Kinder auf die Welt, so wurden sie in eigenen Heimen untergebracht, wo die meisten an Unterernährung und Vernachlässigung umkamen.

Die Untersuchung der eugenisch-rassistischen Praxis des Nationalsozialismus zeigt, wie sehr die Konstituierung der „Volksgemeinschaft“ von der Definition und Vernichtung immer neuer imaginärer Feinde des Kollektivs abhängig war. Während die Juden als „Rassenfeinde“ par excellence von Anfang an den imaginären Gegenpol zur deutschen „Blutgemeinschaft“ bildeten, entfesselte der eugenische Rassismus eine Dynamik, die immer neue Gruppen von Menschen als „minderwertig“ ausstieß und als „lebensunwert“ der Vernichtung preisgab. Anhand der Entwicklungen im Wiener kommunalen Gesundheitswesen zwischen 1938 und 1945 lässt sich das destruktive Potenzial einer politisch radikalisierten, keinen rechtsstaatlichen Einschränkungen unterworfenen Medizin exemplarisch untersuchen.

Informationen zu den von Herwig Czech betreuten Projekten im Internet:
www.doew.at

Zur Geschichte der NS-Medizin in Wien:
www.gedenkstaettesteinhof.at



Karl Glaubauf
Stefanie Lahousen

Generalmajor Erwin Lahousen Edler von Vivremont

**Ein Linzer Abwehroffizier im
militärischen Widerstand**

Schriftenreihe des DÖW zu Widerstand,
NS-Verfolgung und Nachkriegsaspekten,
Band 2

LitVerlag, Münster 2004

71 Seiten, EUR 9,90
(Siehe Bestellschein auf der letzten Seite)

Erwin Lahousens dienstliche Aufzeichnungen und seine Aussagen vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg gehören zu den wichtigsten österreichischen Quellen über die Aktivitäten des militärischen Widerstands. Ein „Insider“, der die „revisionistische“ Legende vom Präventivkrieg Hitlerdeutschlands gegen die Sowjetunion widerlegt und die unmenschliche Behandlung der russischen Kriegsgefangenen schildert.

Aus dem Vorwort

Widerstand und insbesondere der militärische Widerstand waren sehr bald nach Kriegsende kein Thema in der österreichischen Bevölkerung. 1,2 Millionen hatten entweder gezwungen oder aber auch mit Begeisterung in der deutschen Wehrmacht gedient, fast 400.000 davon sind nicht mehr nach Hause zurückgekehrt, die Städte lagen in Trümmern und das Land war vom ehemaligen „Feind“ besetzt — viele wollten die Befreiung vom Naziregime nicht als solche erkennen. Im Gegensatz zu Deutschland verschwiegen man in Österreich den Widerstand gegen Hitler weitgehend, die Protagonisten des Widerstandes wurden sehr rasch von der politischen Bühne verdrängt, weil man die Stiftung einer neuen Identität nicht brauchte — Österreich und seine Bürger galten erklärtermaßen als Hitlers erste Opfer. Nur vor diesem Hintergrund ist verständlich, dass die kleine Zahl der Österreicher in der deutschen Wehrmacht, die aktiven Widerstand leistete, in ihrer Heimat verschwiegen wurde — eine Konspiration des Schweigens, wie dies einmal genannt wurde.

[...]

Erst der Bundesminister für Landesverteidigung Dr. Georg Prader (ÖVP) setzte mit der Kasernenbenennung nach Biedermann, Huth, Raschke (15. Mai 1967) sowie Heckenast und Burian (15. Mai 1967; 1991 umbenannt in Amtsgebäude Schwenkgasse) ein erstes Zeichen des Gedenkens und der Anerkennung für Offiziere, die den offenen Widerstand gewagt hatten und dafür mit ihrem Leben bezahlen mussten. Offizieren wie Generalmajor Lahousen, aber auch Oberstleutnant Bernardis, die im Zentrum des Widerstandes agierten, blieb in Österreich die gebührende Anerkennung versagt. Bernardis, einem maßgeblichen Mitverschwörer Stauffenbergs, der nach dem 20. Juli 1944 hingerichtet wurde, widmete wenigstens 1994 seine Heimatstadt Linz eine Straße und 1998 posthum die Republik die österreichische Befreiungsmedaille. Um Lahousen hat man sich bis zum heutigen Tag nicht gekümmert.

Den AutorInnen ist sehr zu danken, dass sie mit dem vorliegenden Werk einem weiteren österreichischen Offizier, der zwischen 1938 und 1945 Tag für Tag sein Leben durch seine Widerstandshandlungen aufs Spiel gesetzt hat, den gebührenden Platz in der Geschichte unseres Landes zuweisen.

General i. R. Hubertus Trauttenberg

Herbert Exenberger

Rosa Fischer-Gasse — Benennung einer Verkehrsfläche

Auf Initiative der Grünen wurde am 16. Dezember 2003 in Wien-Simmering die unbenannte Gasse zwischen Döblerhofstraße und Guglgasse nach der als Zwangsarbeiterin in Wien eingesetzten ungarischen Jüdin Rosa Fischer benannt. Herbert Exenberger — viele Jahre Bibliothekar des DÖW und Mitarbeiter der DÖW-Publikation „Gedenken und Mahnen in Wien 1934–1945“ — sprach zum Anlass.

Ich möchte Sie kurz mit dem Schicksal der ungarischen Jüdinnen und Juden, die als ZwangsarbeiterInnen in Simmering vom Sommer 1944 bis Anfang April 1945 eingesetzt wurden, bekannt machen. Im Verlauf des Zweiten Weltkriegs wurde die Lage im nationalsozialistischen Deutschland immer aussichtsloser. Verlorene Schlachten im Osten und die Invasion der westlichen Alliierten in Frankreich ließen die Nazi-Kriegsmaschinerie auf Hochtouren laufen. Trotz Zwangsverpflichtung ausländischer ArbeiterInnen, trotz der Ausnützung der Arbeitskraft von Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen herrschte großer Mangel an Arbeitskräften. SS-Brigadeführer und Nazi-Bürgermeister von Wien Hanns Blaschke ersuchte deshalb am 7. Juni 1944 den Chef des Sicherheitsdienstes der SS Ernst Kaltenbrunner um Bereitstellung von ungarischen Juden für Sklavendienste in Wiener so genannten „kriegswichtigen“ Betrieben.

Über die Aufenthaltsbedingungen für diese von den Nazis gehetzten Menschen ordnete der SSler Kaltenbrunner an: „Dass nur ein gutbewachter, geschlossener Arbeitseinsatz und eine gesicherte lagermäßige Unterbringung in Betracht kommen können, liegt auf der Hand und ist unbedingt Voraussetzung für die Bereitstellung dieser Juden. Die nichtarbeitsfähigen Frauen und Kinder dieser Juden, die sämtlich für eine Sonderaktion bereitgehalten und deshalb eines Tages wieder abgezogen werden, müssen auch tagsüber in dem bewachten Lager verbleiben.“ Diese Menschen, die für eine so genannte „Sonderaktion“ vorgesehen waren — einer der Tarnausdrücke der Naziherrscher für die dem Rassenwahn der Nazis ausgesetzten Frauen, Männer und Kinder, die in den Vernichtungslagern, etwa in Auschwitz-Birkenau, Sobibor, Treblinka oder Majdanek ermordet wurden —, verschleppten die Nazis aus Ungarn und führten die Deportationszüge nach Strasshof. Dieser Eisenbahnknotenpunkt war eine Art Verteilerstation für die zur Zwangsarbeit deportierten ungarischen Jüdinnen und Juden, die in Viehwaggons, eng zu-

sammengepfercht, auf dem Bahnhof Strasshof ankamen. Hier erfolgte durch die SS die karteimäßige Erfassung der geschundenen Menschen, ehe sie dann ihre Arbeitsplätze zugewiesen erhielten. Franzi Löw, die unermüdliche und couragierte Fürsorgerin der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, erinnert sich an die Ankunft ungarischer Jüdinnen und Juden in Wien: „Vom Ostbahnhof aus wurde ich verständigt, dass ich sofort zum Bahnhof kommen muss, weil tausende ungarische Juden in Wien angekommen sind. Man kann sich keine Vorstellung machen, wie die Leute in den Waggons zusammengepfercht waren. Einige haben wir tot aus den Waggons gezogen, andere wieder sind noch bei der Ankunft im Waggon gestorben. In Wien wurden die Ungarn in mehr als 40 Lagern untergebracht. Diese Lager waren über ganz Wien verstreut.“

Alle Einsatzstellen, in denen ungarische Jüdinnen und Juden Zwangsarbeit leisten mussten, unterstanden dem SS-Obersturmbannführer Hermann Krumej, Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Ungarn, Sondereinsatzkommando – Außenkommando Wien, der seine Zentrale im Gebäude des ehemaligen jüdischen Realgymnasiums und der heutigen Zwi Perez Chajes-Schule der Israelitischen Kultusgemeinde Wien im 2. Bezirk, Castellezgasse 35, einrichtete. Für die ab dem Sommer 1944 in Simmering zur Zwangsarbeit verpflichteten rechtlosen ungarischen Jüdinnen und Juden errichtete man an ihren Einsatzstellen im Saurer-Werk, im Durchgangslager Gänsbacher-gasse, im Elektrizitätswerk und im Gaswerk abgeschlossene Unterkünfte, meist in Holzbaracken. Mein Freund Bela Varga aus Budapest, der als Fünfzehnjähriger mit seiner Mutter und Verwandten aus Szolnok verschleppt wurde und im Saurer-Werk schwer schuftete musste — seinen Vater ermordete die SS im KZ Buchenwald —, zeigt uns in seinen penibel geführten Aufzeichnungen aus dem Lager Saurer-Werk, dass sich die gefangenen ungarischen Jüdinnen und Juden trotz der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft mit be-

scheidenen kulturellen Aktivitäten die Menschenwürde hinter dem Stacheldraht zu bewahren versuchten.

Im Gaswerk Simmering waren am 11. Juli 1944 113 ungarische Jüdinnen und Juden im Lager untergebracht, unter ihnen ein blinder und zwei kranke Männer, kranke, alte und schwangere Frauen sowie 19 Kinder unter 14 Jahren. Sie mussten Arbeit leisten im Ofenhaus, im Gasreinigerhaus, bei der Feldarbeit, Lagerreinigung und beim Säckenähen. Sandor Tabak, der als Jugendlicher im Gaswerk Simmering arbeiten musste, schrieb mir 1999 unter anderem: „Man garantierte uns einen minimalsten Lebensunterhalt, aber niemals genügend ... Dankbar erinnere ich mich, dass wir von unseren Arbeitskollegen oft warme Speisen, Käse und Brot bekamen.“ Er führt auch einige österreichische Arbeiter namentlich an, die sich menschlich und freundlich benahmten, zum Beispiel den Oberwerkmeister Josef Weigl, den Schlosser Josef Oestler oder den Arbeiter Karl Stipka. Ebenfalls an solche Zeichen der Solidarität durch den Meister Anton Lachmann und die Vorarbeiter Johann Winkler und Josef Lukavsky im Saurer-Werk erinnert sich Bela Varga.

Einige von den in unserem Bezirk arbeitenden ungarischen Jüdinnen und Juden starben während ihres Zwangsaufenthaltes in den Lagern oder im jüdischen Spital in der Leopoldstadt, Malzgasse 7, unter ihnen am 24. August 1944 Rosa Fischer. Stellvertretend möchte ich jeweils einen Toten aus den vier Lagern in unserem Bezirk in Erinnerung rufen:

aus dem Saurer-Werk: Dr. Michael Rosti, geboren am 22. Juli 1866, pensionierter Senatspräsident, gestorben am 4. September 1944,

aus dem Elektrizitätswerk: Mathilde Szanto-Holer, 57 Jahre, gestorben am 19. März 1945,

aus der Gänsbacher-gasse: Neomi Katalin Schwarz, 3 Wochen, gestorben am 4. Juli 1944,

aus dem Gaswerk: Regine Kovacs, geboren am 21. Mai 1873, gestorben am 15. Februar 1945.

Es wurden aber auch ungarische Jüdinnen und Juden aus einem Lager in Stadlau, einem Schulgebäude in der Konstanziagasse 24, nach Simmering gebracht, um hier Zwangsarbeit zu leisten. So notierte Jozsef Bihari am 14. November 1944 in sein Tagebuch: „Gestern wurde ich in eine andere Fabrik zur Arbeit eingesetzt ... die frühere Fabrik war in der Pragerstraße 20, die neue ist eine Destillerie-, Hefe- und Konservenfabrik mit 2.000 Arbeitern in Wien 11., Simmeringer Hauptstraße 101. Es gibt auch 80 bis 100 Kriegsgefangene und wir 60 Juden. Die Arbeit ist leicht, nur müssen wir im Freien arbeiten. Heute war ich beim Chef. Er hat mich sehr nett empfangen und ich bat ihn, dass er uns hilft, da wir hungern. Er hat sofort angeordnet,

dass wir jeden Tag in der Früh in der Kantine genügend heiße Suppe erhalten und auch zu Mittag.“ Mit dem hilfsbereiten Chef kann Jozsef Bihari wohl nur Manfred Mautner Markhof gemeint haben.

Jozsef Bihari selbst wurde mit 222 Leidensgefährten, unter ihnen ungarische Jüdinnen und Juden aus Simmering wie Lipolt Frenkel, Rella und Zoltan Grünfeld oder Helene Reichmann, in der Nacht vom 2. auf den 3. Mai 1945 von SS-Schergen in Hofamt Priel bei Persenbeug ermordet. Die Mörder wurden nie zur Verantwortung gezogen. Das Tagebuch Biharis fand man bei seiner Leiche. Andere wieder konnten im Chaos des Aprils 1945 entkommen. Bela Varga schrieb über seine Befreiung:

„Wir wurden mit den Koffern in Richtung Stadt in Marsch gesetzt. Sterne trugen wir nicht mehr. Unterwegs teilten wir uns in kleinere Gruppen auf. In Wien versteckte sich ein Teil der Lagerbewohner bei Privatpersonen, der andere Teil ging zur Kultusgemeinde. Der dritte Teil wurde von SS-Leuten gefangen genommen ... Nach drei Tagen marschierten die Russen ein. Wir waren frei.“

Heute wird zur Erinnerung an die verschleppten ungarischen Juden, die unter der nazistischen Gewaltherrschaft vom Sommer 1944 bis Anfang April 1945 Zwangsarbeit in Simmering leisten mussten, stellvertretend für sie alle eine Straße nach Rosa Fischer benannt. Und das ist gut so.

NEUES VON GANZ RECHTS

Der RFJ und die Neonazis

Der DÖW-Bericht über eine enge Kooperation zwischen dem *Wiener Ring Jungfreier Jugend* (RFJ) und der Neonazi-Szene (vgl. „Rechtsextreme und Neonazis am Nowotny-Grab“, *Mitteilungen* 164) sorgte für mediale Aufregung. Von der APA auf die Tatsache angesprochen, dass mit Clemens Otten einer der Hauptverantwortlichen für die Neonazi-Kundgebung am Wiener Heldenplatz (13. April 2002) im Bundesvorstand des RFJ sitzt, floh der auch intern umstrittene RFJ-Bundesvorsitzende Johann Gudenus in abwehrende Allgemeinplätze. Etwas mehr Problembewusstsein besitzt offenbar RFJ-Bundesgeschäftsführer Nikolaus Amhof, der behauptete, die RFJ-Mitgliedschaft Ottens sei derzeit ruhend gestellt. Demgegenüber scheint Otten im jungfreierlichen Organ *tangente* (4/2003) jedoch mit einer RFJ-e-mail-Adresse auf.

Der von Gudenus und Kameraden eingeschlagene stramme Rechts-Kurs schlägt sich auch in den Inhalten des RFJ-Organs nieder. So befasst sich der designierte Chefredakteur der rechtsextremen Monatszeitschrift *Aula*, Martin Pfeiffer, in der *tangente* (4/2003) mit dem „gestörte[n] Verhältnis“ der BRD und Österreichs zu Israel. Für Pfeiffer „ist es an der Zeit, auch der Regierung des ‚auserwählten Volkes‘ einmal den Spiegel vorzuhalten und auf ein Ende der Sonderbehandlung der Palästinenser zu pochen“. Und Detlef Wimmer dekretiert, dass die „Jugend [...] keine endlosen Diskussionen über die Vergangenheit [braucht]“, um zwei Sätze weiter

das „öffentliche Bekenntnis zu den Helden unserer Vergangenheit“ zu einer Aufgabe des RFJ zu erklären.

Dass die Wiener Jungfreierlichen auch in personeller Hinsicht keine Berührungsängste mehr kennen, belegt die Einladung von Felix Budin, einem vormaligen Führungskader der neonazistischen *Neuen Jugendoffensive*, zu einem Vortragsabend beim RFJ im 22. Wiener Gemeindebezirk am 21. November.

Vor allem aber zeigt die Internet-Präsenz des RFJ, wie fließend die Grenze zum Neonazismus mittlerweile geworden ist. Auf der Homepage des RFJ-Kärnten gibt sich etwa ein „Totze“ als RFJ-Mitglied zu erkennen. Der 18-jährige Skinhead aus Villach führt

auf seiner privaten Homepage neben „Saufen“ u. a. „Kloppen“ als Lebensmotto an. Einem Kameraden im Internet berichtet „Totze“ in tiefstem Kärntnerisch und voller Stolz, dass er am Wochenende einem seiner Prügelopfer fast das Genick gebrochen hätte. Einen anderen Villacher Neonazi grüßt der Jungfreierliche mit „88“ („Heil Hitler“) und berichtet ihm, wie er „ein paar Zecken“ (Skin-Jargon für Linke) durch die „halbe Stadt getreten“ (sic!) habe. Darüber hinaus geht aus den Eintragungen in verschiedenen Gästebüchern hervor, dass Villacher Neonazis gerade dabei sind, sich paramilitärisch zu organisieren und „Wehrsportübungen“ abzuhalten. Auf der von ihm verantworteten und mittlerweile wieder vom Netz genommenen Homepage der *Nationalen Front Villach* wünschte „Totze“ „allen Kamera-

den“ ein „donnerndes Sieg Heil!!!!“!“. Dort fanden sich nicht nur Auszüge aus Hitlers „Mein Kampf“, sondern auch Fotos von der RFJ-Kundgebung am „Ehrenchgrab“ Nowotnys. Darunter „Totze“ im obligaten Szene-Deutsch: „Am ersten November war ma draussen und ham einen kriegshelden die Ehre die ihn gebührt erwiesen!!!“ (sic!)

Am 21. Dezember 2003 distanzierte sich der RFJ-Villach per Mail an das DÖW von „Totze“. Dieser sei „nie beim RFJ Mitglied gewesen. Er wollte beitreten, wir haben dies abgelehnt. Wir, der RFJ, distanzieren uns [von] jeglicher Nazi-Verherrlichung, wir wünschen keine Skinheads Nazi-Werbung und Verherrlichungen des dritten

Reiches, diese ewig gestrigen [sic!] sind unerwünscht bei uns“. Der RFJ dürfte nun seine Veröffentlichungspolitik im Internet einer Revision unterzogen haben. Im Forum des RFJ-Salzburg und RFJ-Kärnten wird betont, dass man „strafbare und zu Gewalt aufrufende Einträge“ löscht. Reagiert hat auch der *Bund Freier Jugend* (BFJ), der den RFJ in dessen Forum aufrief, sich „nicht vom dÖw einschüchtern“ zu lassen und „frei“ zu bleiben. Der BFJ schließt seinen aufmunternden Eintrag mit einem „freiheit für deutschland“ und wünscht den Kameraden „noch ein frohes julfest“. Die derart Angesprochenen versicherten daraufhin, sich „vom DÖW sicher nicht einschüchtern“ zu lassen. Aber zumindest das Gästebuch, welches viele Neonazis angezogen hatte, wurde vom RFJ aus dem Netz genommen.

Dezember 2003/Jänner 2004

Menschenverachtende „Karikatur“

Auf einer deutschen Homepage, die sich *Heimatschutz* nennt und sowohl für rechtsextreme als auch für neonazistische Gruppen als Propagandaforum dient, kann in der Rubrik „Aktuelle Meldungen“ vom 28. 11. 2003 unter dem Titel „Echt affig: Bush und Sharon“ eine „Karikatur“ mit folgendem Hinweis aufgerufen werden: „Die palästinensische Gemeinde Österreichs veröffentlicht ein Bild, das wir unseren Lesern natürlich nicht vorenthalten wollen.“

Die „Karikatur“, in der der israelische Ministerpräsident Ariel Sharon und US-Präsident George W. Bush in einer menschenverachtenden Art und Weise als Affen dargestellt werden, ist auf der Homepage der *Palästinensischen Gemeinde in Österreich* unter der Rubrik „Bilder“ zu finden. In der Tradition rechtsextremer und neonazistischer Verschwörungspanasien (Stichwort „USrael“: die angebliche Beherrschung der US-amerikanischen Politik und Wirtschaft durch Jüdinnen und Juden) kuschelt sich in der Fotomontage Bush als Affenbaby an „Mutter“ Sharon. Die Betreiber der *Heimatschutz*-Homepage sprechen in Zusammenhang mit diesem Bild von einer Darstellung der „Israeliten als Untermenschen oder Tiere“. Die Angst vor möglichen juristischen Konsequenzen veranlasst sie sogar zu einer formalen Distanzierung, die aber im nächsten Satz wieder relativiert wird: „Natürlich distanzieren wir uns von jeglicher Darstellung anderer Menschen als Untermenschen oder Tiere. Aber wenn es für die Systempropaganda recht und billig ist, deutsche Nationalisten als Ratten oder Kröten darzustellen, wer wollte da Nationalsozialisten oder Palästinensern übel nehmen, wenn sie Israeliten als Untermenschen oder Affen darstellen?“

Vom *Heimatschutz* (und kurz darauf auch vom neonazistischen *Stoertebeker*-Netz) auf die Homepage der *Palästinensischen Gemeinde* aufmerksam gemacht, begannen sich nun verstärkt Neonazis im dortigen Gästebuch einzutragen. So schrieb ein Anonymus als „Karl von Warady“ (*Olympia*-Burschenschafter, der in den 80-er Jahren des 19. Jahrhunderts dort den „Arierparagraphen“ durchsetzte) unter dem Titel „Solidarität mit Palästina“ am 3. Dezember (Zitat in Original-Orthographie): „Richtige Nationale sollten meinem Aufruf folge leisten! Es widerspricht allen Menschenrechten, was die Juden mit

den Palästinensern anstellen! Schluss mit der USraelischen Machtführung der Welt! Schluss mit den Menschenverachtenden Maßnahmen der USraelern! [...] Aufruf an alle, denen unsere Erde etwas wert ist: Nie wieder ein Machtregime wie dieses der Amerikaner und Israelis. Weltweit gelten DIE als die größte Gefahr für Frieden und Wohlstand. Auf in die Öffentlichkeit! Es wird viel zu viel totgeschwiegen! Die Juden sind nicht die Armen, die sie vorgeben zu sein!“

Bereits einen Tag zuvor leugnete ein anderer Neonazi im Gästebuch der Homepage der *Palästinensischen Gemeinde* offen den Holocaust: „Wer heute noch von 6 Millionen ermordeten Juden und Gaskammern redet, ist dümmer als Gott erlaubt, versteht nichts und hat kein Wissen und daher auch keine Berechtigung hier mitzureden.“

Die Tatsache, dass die Verantwortlichen antisemitische Einträge nicht umgehend gelöscht haben, gibt zu denken.

Zur Zeit und die „Judenfrage“

In Ausgabe 50/2003 des FPÖ-nahen Wochenblatts *Zur Zeit* legt Friedrich Romig den zweiten Teil seiner Abschreibübung von Solschenizyns antisemitischem Machwerk „Die Juden in der Sowjetunion“ vor. In den wenigen selbst formulierten Sätzen drückt Romig sein eigenes Ressentiment aus, etwa wenn er schreibt, die Juden und Jüdinnen seien am Holocaust selbst schuld gewesen: „Ihre Neigung zum Internationalismus bei gleichzeitigem Festhalten an der eigenen jüdischen Nation und ihrem elitären ‚Auserwähltheits‘-Denken samt ihrem Zusammenhalt birgt für die jüdischen Gemeinden außerordentliche Gefahren, sobald sich Juden in die Geschicke der Völker führend einmengen [...]. Ein Volk haftet für seinen ‚Abschaum‘ und seine ‚Abtrünnigen‘, denn es muss sich der Frage stellen und nach den Gründen suchen, warum es nicht stark genug war, deren verbrecherisches Wirken im Zaume zu halten, welches, im Falle der Juden, am Ende katastrophale Folgen für das Judentum hatte.“ (*Zur Zeit* 50/2003, S. 24) Gemäß dem Charakter des Antisemitismus als „Alltagsreligion“ (Detlev Clausen), als umfassende und alles erklärende Weltanschauung, sieht Romig in der „Judenfrage“ den Schlüssel zum Begreifen aktueller Themen wie „Nahostkonflikt und Terrorismus, Globalisierung und Nationalwirtschaft, Russland und Europa, Amerika und die neue Weltordnung“.

Anlässlich des zehnten Jahrestages der ersten Briefbombenserie kommt in *Zur Zeit* Franz Radl jun., zuletzt als „wissenschaftlicher Berater“ des flüchtigen Neonazis Gerd Honsik an der Herstellung von dessen Machwerk „Der Juden 3. Reich“ beteiligt, zu Wort. Dass er damals in Terrorverdacht geriet, kann sich Radl nur damit erklären, dass seine „klare Stellungnahme zur Überfremdungspolitik“ ihn „zum Zielobjekt innen- und außenpolitischer Gegner hat werden lassen“. (*Zur Zeit* 50/2003, S. 20) Diese „Gegner“ werden von Radl umgehend als jüdisch identifiziert, wenn er von „der unter maßgeblichem Einfluss des Staates Israel in Österreich betriebenen Zuwanderungspolitik“ spricht. Von hier ist es dann nicht mehr weit zur Behauptung einer israelischen Urhebererschaft des Briefbombenterrors, was der Neonazi in *Zur Zeit* dann auch andeutet.

Der Volkstreue gegen den „Gaskammerschwindel“

Nachdem das DÖW schon die Ausgabe 3/2003 des *Volkstreuen* wegen mutmaßlicher Verstöße gegen § 3h Verbotsgesetz bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht hatte, legte dessen Herausgeber Friedrich Rebhandl in der aktuellen Ausgabe (4/2003) noch nach. So veröffentlicht er einen „Offenen Brief“ des Wiener Neonazis Wolfgang Fröhlich, in dem u. a. behauptet wird, die „überlieferten ‚Gaskammern‘ des Dritten Reiches“ seien „nur Fieberfantasien von Zeitzeugen“ und eine „Propagandalüge“. Im zweiten Teil seines Berichtes über die Verurteilung seines „Volksgenossen“ Fröhlich bemüht Rebhandl gar Martin Luther, der auch ein „großer Verächter der Juden war“ und „erkannt [hat], wie sehr sein deutsches Volk unter der Ausbeutung durch die Juden zu leiden hatte“. Das hätten auch die Nationalsozialisten erkannt, die laut Rebhandl „gegen die Juden eingeschritten“ sind. Mit Antisemitismus habe das alles nichts zu tun, da die „Juden mit geringen Ausnahmen [...] keine Semiten [sind]“. Da es sich demgegenüber bei den „Arabern“ um „Semiten“ handle, sind die „Israeli, also die Juden [...] die ärgsten Anti-Semiten“: „Niemand bekämpft die Palästinenser so wie die Juden mit ihrem Glauben an eine jüdische Heimstatt, von wo sie vor tausenden Jahren weggezogen sind. Sie möchten seit Herzls Traum von einer Heimstatt die dort ansässigen Araber verdrängen und am liebsten vernichten und tun es auch.“

Anknüpfend an die Diskussion um die antisemitische Rede des damaligen CDU-Abgeordneten Hohmann heißt es im *Volkstreuen* weiter: „Überwiegend Angehörige des jüdischen Volkes haben 1917 in Russland die Macht an sich gerissen. [...] Mit Hilfe des jüdischen Geldes aus den USA hatten sich die bolschewistischen Juden zu Fürsten ihrer Herrn gemacht.“

Das DÖW hat auch diese Ausgabe des *Volkstreuen* an die zuständige Staatsanwaltschaft mit der Bitte um Überprüfung der strafrechtlichen Relevanz übermittelt.

Mölzer in *Deutscher Stimme*

Der vormalige „Kulturberater“ Jörg Haiders und amtierende Chefredakteur von *Zur Zeit*, Andreas Mölzer, stellte sich der *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands* (NPD) als Interviewpartner zur Ver-

fügung. Der stellvertretende NPD-Vorsitzende Holger Apfel unterhielt sich für die aktuelle Ausgabe der *Deutschen Stimme* (1/2004, S. 3) mit Mölzer über das „Dritte Lager, Globalisierung und europäische Zusammenarbeit“. Gefragt nach der aktuellen Kulturpolitik, freut sich Mölzer, dass von der österreichischen Bundesregierung „allzu freche Auswüchse einer linkslinken Pseudo-Avantgarde [...] ausgehungert und von den Subventionen abgeschnitten [werden]“. Mit Genugtuung beobachtet er daneben, dass die Europäer begriffen hätten, „dass sie sich gegen die Hegemonialmacht USA und gegen jene Lobbies, die dort herrschen, behaupten müssen“. Bewiesen würde dies durch jüngste Umfragen, „die zeigen, dass die Europäer in ihrer Mehrheit Israel für eine Gefahr für den Weltfrieden halten“.

Frank Schwerdt setzt sich in dieser Ausgabe der *Deutschen Stimme* übrigens mit

der Kritik am „nationalgesinnten Münchner Großverleger“ (ebenda, S. 4) Herbert Fleissner aufgrund dessen Beteiligung an *Zur Zeit* auseinander. Im Unterschied zur Berliner Wochenzeitung *Junge Freiheit* nehme sich laut Schwerdt das österreichische Schwesterblatt kaum ein Blatt vor den Mund. Mölzers *Zur Zeit* schone nämlich „auch Juden nicht“: „Der Österreicher Friedrich Romig wirft etwa in einem Artikel den Juden vor, eine Weltherrschaft anzustreben. Die Globalisierung müsse als Weg der Juden betrachtet werden, den biblischen Auftrag zur weltweiten Dominanz zu gehen. Die Herrscher über Bank- und Fondsgesellschaften, Wirtschafts- und Rohstoffimperien, Medien- und Filmindustrie seien überwiegend mosaikhaften Glaubens. Solche Aussagen sind eine Ungeheuerlichkeit für solche Personenkreise, die sich nicht gern in die Karten sehen lassen und doch ertappt fühlen.“

REZENSIONEN

Mauthausen Komitee Österreich (Hrsg.): Jugendliche schreiben gegen das Vergessen. Texte von Jugendlichen vor und nach dem Besuch des ehemaligen KZ-Mauthausen. Youth Memorial. Das Jugenddenkmal in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen. Wien: Verlag des ÖGB 2003. 144 S.

Der erste und umfangreichere Teil des Buches schildert die Eindrücke von Jugendlichen vor und nach dem Besuch des ehemaligen KZ Mauthausen. Gemeinsam mit engagierten Lehrern und Lehrerinnen wurden die SchülerInnen aufgefordert, ihre Erwartungen vor der Exkursion und ihre Empfindungen danach niederzuschreiben. 150 Beiträge wurden von einer unabhängigen Jury ausgewählt und sind im Buch abgedruckt. Die Texte sind von unterschiedlicher Qualität und Aussagekraft. Zum Teil sind es kurze Gedichte, zum Teil sogar längere Texte. Alle zusammen sind jedoch eine eindrucksvolle Dokumentation des Engagements einer angeblich politikverdrossenen Jugend und ein guter Beweis, dass Jugendliche bereit sind, die Vergangenheit kritisch zu hinterfragen. Zwischen den Texten der Jugendlichen eingestreut sind gut ausgewählte Farbfotos, die diesen Ort des Schreckens und des Grauens entsprechend aufbereiten.

Der zweite Teil des Buches setzt sich mit der Entstehungsgeschichte und der Verwirklichung des „Youth Memorial“ aus-

einander. Der *Österreichische Bundesjugendring* und das *Mauthausen Komitee Österreich* veranstalteten im Mai 2001 zusammen mit der *Österreichischen Lagergemeinschaft* ein Seminar für Jugendliche zum Thema Gedenken und Gedenkarbeit. Von 18 Jugendlichen aus aller Welt wurde ein Denkmal („Youth Memorial“) errichtet, in Erinnerung daran, dass in Mauthausen über 15.000 Kinder und Jugendliche ihr Leben verloren haben.

Eine wissenschaftliche Zusammenfassung des Massenmordes, der aus ideologischen, rassistischen und ökonomischen Beweggründen erfolgte, lässt in ihrer Klarheit nichts zu wünschen übrig.

Es wäre schön, wenn man sich entschließen könnte, dieses Projekt fortzusetzen, damit die Jugendlichen mit Ihren Eindrücken nicht allein gelassen werden.

P. A.

Benz, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung 12. Berlin: Metropol-Verlag 2003. 350 S.

Das vom Historiker Wolfgang Benz für das Zentrum für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin herausgegebene „Jahrbuch für Antisemitismusforschung“ versteht sich als Forum für wissenschaftliche Beiträge zur Antisemitismus- und Minderheitenforschung, die sowohl interdisziplinär als auch länderübergreifend ausgerichtet sind. Die 16 von

Historikern, Politologen und Sozialwissenschaftlern verfassten Aufsätze des zwölften Jahrgangs widmen sich den unterschiedlichsten Themengebieten: Zunächst geht es um die Entstehung von Feindbildern im Konflikt um Palästina mit Aufsätzen über die Begegnungen zwischen Israelis und Palästinensern in der palästinensischen Belletristik und Poesie, den antisemitischen Diskurs der *Hizbollah*, das Verhältnis der jüdischen Siedler zu den Palästinensern, die Bedeutung der iranischen Revolution für eine antijüdisch orientierte Islamisierung, den Antisemitismus im Irak der *Baath Partei* und die Kommentierungen zu Israel von Islamisten und Rechtsextremisten im World Wide Web.

Die dem Antisemitismus gewidmeten Beiträge beschäftigen sich mit dem Verhältnis von deutschem Adel und Antisemitismus, apokalyptischem Denken im dänischen Pietismus der dreißiger Jahre, dem Bild von Antisemitismus, Judentum und Zionismus bei Rudolf Steiner, der „Arisierung“ des Berliner Zoologischen Gartens und der Konzeption von Umfragen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Unter der Überschrift „Gewalt und Rassismus“ geht es um eine Soziologie der „rassistischen“ Fremdheit und eine Darstellung zum Ritualmordprozess in Kiew 1913. Die Besprechungssays widmen sich Literatur zur Antisemitismusabwehr des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens vor 1933

und neuer Literatur zur Geschichte des Antisemitismus im Kaiserreich.

Auch mit dem zwölften Band des Jahrbuchs ist wieder eine beachtenswerte Zusammenstellung von Texten über aktuelle Erkenntnisse aus der Forschung zum Antisemitismus und Rassismus entstanden. Manche auf Vorträge zurückgehende Beiträge hätten hier und da noch einer Systematisierung und Überarbeitung bedurft, gleichwohl handelt es sich auch hier um beachtenswerte und informative Beiträge zu den jeweiligen Themen. apt

Benz, Wolfgang, Peter Reif-Spirek (Hrsg.): Geschichtsmymen. Legenden über den Nationalsozialismus. Berlin: Metropol-Verlag 2003. 168 S.

Um ihre eigenen politischen Auffassungen und deren Nähe zum Nationalsozialismus moralisch zu entlasten, versuchten Rechtsextremisten im In- und Ausland immer wieder ein anderes und positiveres Bild vom „Dritten Reich“ zu zeichnen. Zu diesem Zweck behaupteten sie, Hitler habe den Zweiten Weltkrieg nicht gewollt, die Amerikaner und Briten trügen die Schuld oder die Juden hätten Deutschland den Krieg erklärt, außerdem wären nur wenige in den Konzentrationslagern umgekommen. Diesem rechtsextremistischen Geschichtsrevisionismus wollen die AutorInnen eines vom Historiker Wolfgang Benz und dem stellvertretenden Leiter der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen Peter Reif-Spirek herausgegebenen Sammelbandes mit dem Titel „Geschichtsmymen. Legenden über den Nationalsozialismus“ entgegentreten.

Benz selbst widmet sich den Behauptungen von den als Propagandabeauptungen entlarvten „jüdischen Kriegserklärungen“ gegen Deutschland. Die Entwicklung der Holocaust-Leugnung in der Bundesrepublik Deutschland und anderen Ländern wird von Juliane Wetzels dargestellt. Peter Widmann widmet sich den tatsächlichen Ursachen des Zweiten Weltkriegs und den darauf bezogenen Darstellungen in der rechtsextremistischen Propaganda. Auf die Kriegsverbrechen der Alliierten und deren Darstellung im Sinne einer Relativierung oder Verharmlosung geht Benz dem folgend in seinem zweiten Beitrag ein. Die Versuche einer moralischen Ehrenrettung von Rudolf Heß, Gregor und Otto Straßer und Albert Speer stehen danach im Mittelpunkt einer Abhandlung von Michael Kohlstruck. Beate Kosmala untersucht danach Mythos und Realität der Vorstellung von der „Volksgemein-

schaft“. Behauptungen von einer „jüdischen Weltverschwörung“ in den letzten beiden Jahrhunderten bilden den inhaltlichen Schwerpunkt der Ausführungen von Johannes Heil. Und Reif-Spirek stellt in seinem abschließenden Beitrag Überlegungen zum Verhältnis von Geschichtsrevisionismus und Gedenkstättenpädagogik an.

Den AutorInnen gelingt es in ihren überaus informativen und sachkundigen Beiträgen eine Reihe von bekannten und weniger bekannten Behauptungen von Rechtsextremisten überzeugend zu widerlegen. Darin besteht die besondere Leistung und der aufklärerische Wert des Sammelbandes, blieben die genannten Geschichtsmymen doch nicht immer nur auf das angesprochene politische Lager beschränkt, wie Behauptungen über den Kaufman- und Morgenthau-Plan auch in nicht-rechtsextremistischen Veröffentlichungen veranschaulichen. Die Texte der Aufsätze gehen auf eine Tagung zurück. Man hätte sie hier und da für die Veröffentlichung noch etwas ergänzen oder umarbeiten können. Manchmal wurden etwas lieblos Textbausteine aneinander gereiht wie etwa im ersten Aufsatz von Benz, während sein zweiter Beitrag differenziert und systematisch die Rezeption von gar nicht geleugneten alliierten Kriegsverbrechen in der rechtsextremistischen Publizistik untersucht. Ein kommentiertes Literaturverzeichnis am Ende hätte den Gebrauchswert für die politische Bildung noch etwas erhöhen können. Ansonsten handelt es sich um eine gute Darstellung zur inhaltlichen Kritik an rechtsextremistischen Geschichtsmymen. apt

Böhle, Ingo: Private Krankenversicherung im Nationalsozialismus. Unternehmens- und sozialgeschichtliche Studie unter besonderer Berücksichtigung der Deutschen Krankenversicherung. Frankfurt am Main: Mabuse-Verlag 2003. 312 S.

In der breit angelegten Untersuchung zur Versicherungsgeschichte Österreichs wird die Zeit des Nationalsozialismus nahezu vollständig ausgeblendet. Lediglich in der Einleitung zu Band III — vgl. dazu Rohrbach, Wolfgang (Red.): Versicherungsgeschichte Österreichs, Bd. III, Das Zeitalter des modernen Versicherungswesens, Wien 1988, S. 11 f. — wird ein knapper geschichtlicher Aufriss gebracht, wobei entschuldigende Erklärungen über das Phänomen der nahezu einhelligen Zu-

stimmung der Bevölkerung dominieren. Die einzige mir bekannte Arbeit, die sich explizit mit den Folgen des Nationalsozialismus für die Krankenversicherung in Österreich auseinandersetzt, ist der jüngst erschienene Aufsatz von Helmut Fiederer (Von der Arbeiter-Krankenkasse in Linz zur Allgemeinen Ortskrankenkasse in Oberdonau, in: Österreich in Geschichte und Literatur, 47. Jg., Heft 1–2a/2003, S. 3–23). Somit kann die von Böhle vorgelegte Arbeit, die sich zwar ausschließlich mit der privaten Krankenversicherung beschäftigt, als Vorbild für eine Aufarbeitung der Geschichte der österreichischen Krankenversicherung während der Zeit des Nationalsozialismus dienen.

Die private Krankenversicherung nahm während der NS-Zeit einen gewaltigen Aufschwung; so verdreifachte sich die Zahl der Versicherten bis zum Jahr 1945. 1933, im Jahr der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten, erwiesen sich die meisten privaten Krankenversicherer als eifrige Erfüllungsgehilfen der faschistischen Diktatur des „Dritten Reiches“. Zahlreiche Vorstandsmitglieder traten aus opportunistischen Gründen in die NSDAP ein, obwohl die Mitgliedschaft keinerlei Einfluss auf den Verbleib im Management hatte. Es kam quasi zu einer „Selbstgleichschaltung“, im Zuge derer eine „Entjudung“ der Versicherungsgesellschaften erfolgte, die Kundenwerbung eindeutig antisemitische Töne anschlug und jüdische Ärzte und Ärztinnen ihre Verträge verloren. Der Antisemitismus war im Krankenversicherungszweig deutlich aggressiver als in den anderen Versicherungszweigen. Nicht versicherungsvertragliche Rechte und Pflichten, sondern rassistische Unterscheidungen zwischen nichtjüdischen und jüdischen Versicherten bestimmten den Umgang. Die jüdischen Einzel- und Gruppenversicherungsverträge unterlagen mit Radikalisierungsschüben in der Folge der „Nürnberger Rassengesetze“ im Jahr 1935 und dem Novemberpogrom im Jahr 1938 zunehmend einer besonderen Behandlung, wobei jegliche Rechtsnorm außer Acht gelassen wurde. So wurden Verträge ohne jegliche Rechtsgrundlage außer Kraft gesetzt und eingereichte Rechnungen nicht bezahlt, wenn der behandelnde Arzt jüdischer Abstammung war. Ein eigenes Kapitel beschäftigt sich mit der privaten Krankenversicherungswirtschaft in den „angeschlossenen“ und annektierten Gebieten, wobei Österreich der breiteste Raum geschenkt wird. (S. 210–222) Die Judenverfolgung in Österreich war nach dem „Anschluss“ rabiat und effizienter als in Deutschland nach der Machtergrei-

fung durch Hitler. Die antijüdischen Aktivitäten, die sich in Deutschland über mehr als fünf Jahre NS-Herrschaft verteilten, erfolgten in Österreich innerhalb weniger Monate. Als pikantes Detail am Rande ist zu vermerken, dass in Österreich der Markt für die private Krankenversicherung aufgrund der bestehenden Pflichtversicherung eingengter als in Deutschland war. Die private Krankenversicherung griff daher zu einer aggressiven Wettbewerbspolitik und kam dabei den in den Ortskrankenkassen gleichgeschalteten sozialen Krankenversicherungen ins Gehege, so dass sich daraus ein erbitterter Streit entspann, der nicht so recht in das Bild der „Volksgemeinschaft“ passte.

Im Kapitel über die Reorganisation der privaten Krankenversicherung nach dem Krieg werden auch die Entnazifizierung und Entschädigungspolitik behandelt. (S. 242–263) Die Führungsebene der privaten Krankenversicherung war stärker von der Entnazifizierung betroffen als andere Wirtschaftszweige, weil sich relativ viele Führungskräfte bereits früh in der NS-Bewegung engagiert hatten. Während es den Inhaftierten in der sowjetischen Besatzungszone schlecht erging, mobilisierten die Betroffenen in den westlichen Besatzungszonen zahlreiche Entlastungszeugen. In der ehemaligen Führungsebene herrschte eine uneingeschränkte Solidarität untereinander, die ein regelrechtes Entlastungskartell entstehen ließ. In den Entnazifizierungsverfahren wurde die Behandlung jüdischer Versicherter durch die privaten Krankenversicherungen nicht problematisiert, so dass es nicht verwundert, dass es keine Entschädigung für jüdische Versicherte gab.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass es Böhle gelungen ist, eine detailreiche und gut lesbare Geschichte der privaten deutschen Krankenversicherung während des dunkelsten Kapitels der deutschen Geschichte des vergangenen Jahrhunderts vorzulegen. O. M.

Rigg, Bryan Mark: Hitlers jüdische Soldaten. M. e. Geleitwort v. Eberhard Jäckel. A. d. Amerik. v. Karl Nicolai. Paderborn: Schöningh 2003. XVIII, 439 S.

Unter diesem reißerischen Titel schildert der amerikanische Historiker Bryan Mark Rigg das Schicksal von Menschen, die in der NS-Diktion als „Mischlinge“, als „Halb-“, „Viertel-“ oder „Achteljuden“ bezeichnet wurden. Es handelt sich bei dieser Untersuchung um Personen, die

Festschrift zu Figl-Gedenkfeiern

Zu den Gedenkfeierlichkeiten anlässlich des 100. Geburtstages von Leopold Figl im Oktober 2002 haben Johannes Dorrek (†), Johannes Schönner, Josef Singer und Helmut Wohnout die Festschrift „100 Jahre Leopold Figl. ‚Glaubt an dieses Österreich!‘“ herausgebracht.

Die Broschüre mit Beiträgen von Gottfried Stangler, Dieter A. Binder, Manfred Rauchensteiner, Helmut Wohnout, Ernst Bruckmüller, Peter Klar, Christoph Schönborn, Johannes Dorrek und Ludwig Steiner ist zum Preis von EUR 7,- erhältlich bei: Mag. Dr. Johannes Schönner, Karl von Vogelsang-Institut, Tivoligasse 73, 1120 Wien, Tel.: +43/1/810 24 85-20, 813 42 11, e-mail: kvvi@modernpolitics.or.at.

während des Zweiten Weltkriegs in der Wehrmacht dienten — vom einfachen Soldaten bis zum General und Generalfeldmarschall. Die Zahl 150.000 scheint extrem hoch, sie kommt wahrscheinlich nur durch willkürliche Extrapolation des gesammelten Zahlenmaterials zustande. Der Autor beschreibt nur Personen, die um ihre Anerkennung als „Arier“ und die Bewilligung als Soldaten der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg dienen zu können, kämpften. Die Motive waren unterschiedlich: bei einigen die völlige Einbettung in das NS-Gedankengut, bei anderen die Hoffnung auf gesellschaftliche Anerkennung oder der Wunsch, den „Makel“ des Juden loszuwerden. Bei manchen auch das Ziel, dadurch selbst Verfolgungen zu entgehen und ihre jüdischen Angehörigen zu schützen. Der Autor schildert Fälle, in denen jahrelang um diese Anerkennung gekämpft wurde und der Betroffene während des oft mehrjährigen Instanzenzuges bereits im Krieg gefallen war. Oft wurden die Angehörigen in der Zwischenzeit in Konzentrationslager deportiert und dort ermordet. Das Buch enthält Fotos von solchen zum Teil hochdekorierten Soldaten und Offizieren, darunter eines des schon lange als „Vierteljuden“ bekannten Generalfeldmarschall Milch, der von Hitler zum „Ehrenarier“ ernannt worden war. Ein journalistischer Leckerbissen ist das Foto des „Halbjuden“ Werner Goldberg aus dem Jahr 1939, das von einem NS-Blatt mit der Bildunterschrift „Der ideale deutsche Soldat“ als Propagandamaterial verwendet wurde.

Im Buch werden ausführlich viele diesbezügliche Erlässe, Weisungen, Befehle und deren Entstehung und Entwicklung geschildert. Man kann nur staunen, wie unendlich viel Mühe, Zeit und Arbeit die verschiedensten Regierungs- und NS-Instanzen sowie die Wehrmacht auf diese Thematik während des gesamten Zweiten Weltkriegs verwendet haben. Sehr problematisch erscheint, dass die vom Autor Interviewten das System nicht grundsätzlich

hinterfragten und sich nicht die Frage stellen, ob es richtig war, sich um die Integration in diese Mordmaschinerie zu bemühen oder gar für sie zu kämpfen. Auch vernachlässigt der Autor völlig die vielen, die nicht versuchten sich anzupassen, sondern auszuschneiden oder auch Widerstand zu leisten.

Eine wesentliche Erkenntnis, die mir die Lektüre dieses Buches erneut vermittelt, ist die Absurdität der NS-Rassenideologie, die ja durch jedes einzelne Beispiel aufgezeigt wird. Die irrige Vorstellung, Judenverfolgung und Antisemitismus seien irgendwelchen „deutschen“ Charaktereigenschaften zuzuschreiben, erweist sich auch hier als unsinnig. Es sind nicht die Gene, sondern gesellschaftliche und gesellschaftspolitische Umstände, die Menschen zu Tätern werden lassen. Trotz der vielen Fakten vermittelt das Buch eine verzerrte Darstellung der damaligen Wirklichkeit. M. S.

Rombach, Charlotte: Gelebte Solidarität. Schutzbundkinder in der Sowjetunion 1934–1945. Wien: Alfred Klahr Gesellschaft 2003. 151 S. (Quellen & Studien/Sonderband 4)

Nach den Februarkämpfen 1934 ermöglichte die *Rote Hilfe* Kindern von SchutzbundkämpferInnen die Ausreise über die Tschechoslowakei in die Sowjetunion. Die meisten kamen in das Kinderheim Nr. 6 in Moskau, wo sie als Kinder der „Helden des Februar 1934“ bevorzugt behandelt wurden. Manche kehrten bereits wenig später zu ihren Eltern zurück, für die meisten brachte der Krieg gegen die Sowjetunion gravierende Lebensänderungen mit sich: einige wurden Opfer innersowjetischer Verfolgungen, einige traten der Roten Armee bei und kamen bei der Verteidigung ihrer neuen Heimat ums Leben, die anderen kämpften wie die sowjetische Bevölkerung auch in der Evakuierung ums Überleben.

Die Autorin kam 1938 in Moskau zur Welt — ihr Vater Heribert Hütter war nach dem Februar 1934 in die Sowjetunion geflüchtet — und wurde während des Krieges so wie die Schutzbundkinder im Kinderheim Nr. 6 ebenfalls evakuiert. Sie versucht, das damalige Leben der Schutzbundkinder darzustellen und durch zahlreiche Biographien deren weiteren Lebensweg zu beschreiben.

B. E. L.

Casagrande, Thomas: Die volksdeutsche SS-Division „Prinz Eugen“. Die Banater Schwaben und die nationalsozialistischen Kriegsverbrechen. Frankfurt, New York: Campus Verlag 2003. 368 S.

Ein kurzer historischer Rückblick vermittelt den adäquaten Einstieg in die Problematik. Die Besiedlung des Balkans durch Donauschwaben geht auf die Habsburgerzeit zurück. Nach den Türkenkriegen, der Entvölkerung und dem Brachliegen ganzer Landstriche wurde vom Wiener Hof massive Ansiedlungspolitik betrieben: „Dabei gingen militärische und wirtschaftliche Aspekte ineinander über“. (S. 90) Demzufolge lassen sich von Anfang an Konflikte mit der traditionell ansässigen Bevölkerung (Walachen, Serben ...) registrieren.

Die zwiespältige Rolle der Kolonisten durchlief in der Folge mehrere Phasen: die — widersprüchliche — Beteiligung an der 48er-Revolution, der Madjarisierungsdruk nach dem Ausgleich 1867 etc. 1906 erfolgte die Gründung der *Ungarländischen Deutschen Volkspartei* (UDVP) im Banat. Kontakte zu reichsdeutschen Organisationen wie dem radikalnationalistischen *Alldeutschen Verband* (ADV) wurden intensiviert. (S. 119) Nach dem Zusammenbruch der Monarchie, der Bildung der Nachfolgestaaten wurde das Banat dreigeteilt.

Mit dem Aufstieg und der Machtergreifung des Nationalsozialismus in Deutschland bzw. der Zerschlagung des jugoslawischen Staats 1941 öffnete sich ein neues Kapitel. Ein wachsender Teil der Donauschwaben — insbesondere seiner Führungsschicht — begriff sich als „Vorposten des Deutschtums“ auf dem Balkan und stellte sich in den Dienst der Nazis.

Den Banater Schwaben, die im Zentrum des Buchs von Casagrande stehen, kommt dabei eine Schlüsselfunktion zu. Sie beteiligten sich aktiv an „Arisierungen“ (S. 176 ff.) und nicht von ungefähr rekrui-

tiert sich die 7. SS-Division „Prinz Eugen“ vor allem aus ihnen. Die SS-Division „Prinz Eugen“ diente vor allem der Partisanenbekämpfung und wurde Vorbild für weitere SS-Divisionen nach ethnischen Kriterien (z. B. die muslimische SS-Division „Handschar“). Himmler war sich des besonderen Charakters der „Prinz Eugen“ voll bewusst und bedachte sie mit einem persönlichen Besuch.

Die SS-Division „Prinz Eugen“ hielt dem NS-Regime bis zum letzten Moment die Stange. Ihre zahlreichen Kriegsverbrechen waren Gegenstand von Verhandlungen bei den Nürnberger Prozessen. (S. 279) Die kaum vorhandene Beteiligung der

deutschsprachigen Bevölkerung am Widerstand und nicht zuletzt die Verbrechen der SS-Division „Prinz Eugen“ führten nach der Befreiung 1945 zu breiten Verfolgungsmaßnahmen: „*Dabei nahm die Vergeltung des neuen jugoslawischen Staates an den Donauschwaben Formen ethnischer Säuberungen an*“. (S. 300)

Das Buch ist eine mustergültige, differenzierte Analyse. Angesichts des Andauerns von ethnischen Konflikten und ihrer Instrumentalisierung — nicht nur auf dem Balkan — bis in die Gegenwart kann seine Lektüre nur dringendst empfohlen werden. H. D.

DÖW-Jahresversammlung 2004

Die traditionelle Jahresversammlung des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes findet heuer am **15. März 2004 um 19.00 Uhr** im Gemeinderatssaal des Alten Rathauses (Wipplingerstraße 8, 1010 Wien) statt. Festredner ist Peter Steinbach, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin: *Annäherungen an einen Augenblick: Das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 im Bewusstsein der Deutschen und Wandel der Forschung*.

Die Jahresversammlung findet im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltungsreihe der Wiener Vorlesungen und des DÖW statt und wird von der Deutschen Botschaft in Wien unterstützt.

(Der Auflage für Wien, Niederösterreich und das Burgenland liegt ein Programm bei.)

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber: Verein „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes“, 1010 Wien, Wipplingerstraße 8. Vereinsvorstand: Ehrenpräsident: Landtagsprärs. a. D. Hubert Pfoch. Präsident: BM a. D. Rudolf Edlinger. Vizepräsidenten: KR Dr. Gerhard Kastelic, Prof. Hugo Pepper, Staatssekretär a. D. Dr. Ludwig Steiner, Abg. a. D. Prof. Alfred Ströer, Oskar Wiesflecker. Kassier: Prof. Dr. Jonny Moser. Kassier-Stv.: Othmar Burian. Weitere Mitglieder: Dr. Heinz Arnberger, Mag. Dr. Brigitte Bailer, Sr. Dr. Edith Beinhauer, Obersensrat Univ.-Prof. Dr. Hubert Christian Ehalt, Prof. Rudolf Gelbard, Sekt. Chef i. R. Dr. Wilhelm Grimburg, RA Dr. Heinrich Keller, MR Mag. Elisabeth Morawek, Prärs. d. IKG Dr. Ariel Muzicant, Abg. a. D. Ing. Ernst Nedwed, Prof. Rudolf Sarközi, Dr. Richard Schmitz, OSR Dr. Kurt Scholz, Abg. a. D. Dr. Edgar Schranz, Univ.-Prof. Dr. Erika Weinzierl, Dr. Helmut Wohnout. Wissenschaftlicher Leiter: Hon.-Prof. Dr. Wolfgang Neugebauer. Kontrolle: OSR Dr. Josefa Breuer, Friederike Krenn, Mag. Peter Soswinski.

Richtung: Verbreitung von Informationen im Sinne der Grundsatzklärung des DÖW von 1963: „Das Archiv soll vor allem durch dokumentarische Beweise der zeitgeschichtlichen Erziehung der Jugend dienen. Sie soll mit den schrecklichen Folgen des Verlustes der Unabhängigkeit und Freiheit Österreichs sowie mit dem heldenhaften Kampf der Widerstandskämpfer bekannt gemacht werden. Das Archiv soll als bleibende Dokumentation verwahrt werden.“

An der Herstellung dieser Nummer wirkten mit: Peter Autengruber (P. A.), Herwig Czech, Hermann Dworczak (H. D.), Eva Kriss, Willi Lasek, Bruno E. Liszka (B. E. L.), Oskar Meggeneder (O. M.), Armin Pfahl-Traugber (apt), Heribert Schiedel, Max Schneider (M. S.)

Impressum: Verleger, Herausgeber und Hersteller: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wipplingerstraße 8 (Altes Rathaus), 1010 Wien; Redaktion ebenda (Christa Mehany-Mitternutzner, Tel. 534 36/90315, e-mail: christa.mehany@doew.at; Sekretariat, Tel. 534 36/90319, Fax: 534 36/9990319, e-mail: office@doew.at; Homepage: <http://www.doew.at>).

*Lernen aus der
Geschichte?
Geschichtsforschung —
Politik — Öffentlichkeit*

Eine gemeinsame
Veranstaltungsreihe
der Wiener Vorlesungen
und des
Dokumentationsarchivs
des österreichischen
Widerstandes

Ort: Altes Rathaus,
Gemeinderats-
sitzungssaal,
Wipplingerstr. 8,
1010 Wien

Zeit: Montag,
23. Februar 2004,
19.00 Uhr

Vermögensentzug in der NS-Zeit — Rückstellungen und Entschädigungen in der Zweiten Republik

Der Beitrag der Historikerkommission zur
österreichischen Zeitgeschichtsforschung

Begrüßung

Obersenatsrat Univ.-Prof. Dr. **Hubert Christian Ehalt**
(Kulturabteilung der Stadt Wien)

Hon.-Prof. Dr. **Wolfgang Neugebauer**
(Wissenschaftlicher Leiter des
Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes)

Dr. **Thomas Cornides**
(Oldenbourg Verlag Wien)

Vorträge:

Mag. **Eva Blimlinger**
(Forschungskordinatorin der Historikerkommission)

Univ.-Doz. Dr. **Brigitte Bailer-Galanda**
(stv. Vorsitzende der Historikerkommission)

Die Vortragenden fassen die wesentlichen inhaltlichen Ergebnisse der Forschungen im Auftrag der Historikerkommission zusammen.

Im ersten Teil wird auf die verschiedenen Aspekte des nationalsozialistischen Vermögensentzugs eingegangen, der neben der hauptsächlich betroffenen Gruppe der Jüdinnen und Juden auch Roma und Sinti, katholische Institutionen, Vereine oder Kärntner Slowenen erfasste.

Anschließend werden die Rahmenbedingungen und wesentlichen Faktoren der Rückstellungs- und Entschädigungsgesetzgebung sowie deren Vollzug beleuchtet.

Ich bestelle folgende Publikationen zum Sonderpreis für Abonnenten der *Mitteilungen*:

- Österreicher im Exil. Mexiko 1938–1947.** Eine Dokumentation, hrsg. v. DÖW. Deuticke 2002, 704 S., Bildteil. Leinen € 23,-, Karton € 19,-
Leinen ... Stück
Karton ... Stück
- Florian Freund, **KZ Ebensee.** Ein Außenlager des KZ Mauthausen, Wien 1990, 48 S. € 2,90 ... Stück
- Florian Freund, **Concentration Camp Ebensee.** Subcamp of Mauthausen, 2nd revised edition, Vienna 1998, 63 S., € 4,30 ... Stück
- Florian Freund/Hans Safrian, **Expulsion and Extermination.** The Fate of the Austrian Jews 1938–1945. 62 S. € 4,30 ... Stück
- Jonny Moser, **Demographie der jüdischen Bevölkerung Österreichs 1938–1945,** Wien 1999, 86 S. € 4,30 ... Stück
- Brigitte Bailer/Wolfgang Neugebauer, **... ihrer Überzeugung treu geblieben.** Rechtsextremisten, „Revisionisten“ und Antisemiten in Österreich, hrsg. v. DÖW, Wien 1996, Deutsch (72 S.)/Englisch (64 S.). € 2,90
Deutsche Ausgabe: ... Stück Engl. Ausgabe: ... Stück
- Josef Hindels, **Erinnerungen eines linken Sozialisten,** hrsg. v. DÖW, Bund Sozialdemokr. Freiheitskämpfer, Wien 1996, 135 S. € 6,50 ... Stück
- Franz Danimann, **Flüsterwitze und Spottgedichte unterm Hakenkreuz,** Ephelant 2001, 202 S. Ladenpr. € 22,- ... Stück
- 1938. NS-Herrschaft in Österreich.** Texte und Bilder aus der gleichnamigen Ausstellung, hrsg. v. BM f. Inneres und DÖW, Wien 1998, 48 S., € 1,00 ... Stück
- Gedenken und Mahnen in Wien 1934–1945.** Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung. Eine Dokumentation, hrsg. v. DÖW, Wien 1998, 488 S., rund 230 Abb. € 15,20 ... Stück
- Gedenken und Mahnen in Wien 1934–1945. Ergänzungen I,** Wien 2001, 99 S. € 5,80 ... Stück
- Kombiangebot Gedenken und Mahnen in Wien,** Wien 1998 **und Gedenken und Mahnen in Wien. Ergänzungen I,** Wien 2001. € 17,80 (statt € 21,-) ... Stück
- Brigitte Bailer, **Wiedergutmachung kein Thema.** Österreich und die Opfer des Nationalsozialismus. Löcker Verl. Wien 1993. 309 S. Ladenpr. € 27,60 ... Stück
- Claudia Kuretsidis-Haider/Winfried R. Garscha (Hrsg.), **Keine „Abrechnung“.** NS-Verbrechen, Justiz und Gesellschaft in Europa nach 1945, Leipzig–Wien 1998, 488 S., € 22,50 ... Stück
- Albert Sternfeld, **Betrifft: Österreich.** Von Österreich betroffen. Böhlau 2001, 294 S., Ladenpr. € 28,90 ... Stück
- Anton Pelinka/Sabine Mayr (Hrsg.), **Die Entdeckung der Verantwortung.** Die Zweite Republik und die vertriebenen Juden, Braumüller 1998, 306 S. Sonderpreis € 5,90 ... Stück
- Emmerich Tálos/Ernst Hanisch/Wolfgang Neugebauer/Reinhard Sieder (Hrsg.), **NS-Herrschaft in Österreich,** öbv und hpt 2001, 959 S., Ladenpr. € 25,40 ... Stück
- CD-ROM **Die österreichischen Opfer des Holocaust / The Austrian Victims of the Holocaust,** Wien 2001, Deutsch/Englisch, € 24,- ... Stück
- Evelyn Adunka, Peter Roessler (Hrsg.), **Die Rezeption des Exils.** Geschichte und Perspektiven der österreichischen Exilforschung, Mandelbaum 2003, 374 Seiten, Ladenpr. € 29,80 ... Stück
- Hellmut Butterweck, **Verurteilt & begnadigt.** Österreich und seine NS-Straftäter, Czernin Verlag o. J. (2003), 365 S., Ladenpr. € 29,- ... Stück
- Hans Landauer/Erich Hackl: **Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer 1936–1939.** Verlag der Theodor Kramer Gesellschaft 2003, 258 S., Ladenpr. € 24,- ... Stück
- Jahrbuch 2003,** hrsg. v. DÖW, Schwerpunkt: Exil, 210 S. € 5,90 ... Stück
- Herbert Exenberger/Heinz Riedel, **Militärschießplatz Kagran,** Wien 2003, 112 S., € 5,- ... Stück
- 40 Jahre Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes 1963–2003,** Wien 2003, 112 S., € 5,- ... Stück
- Heimo Halbrainer, Martin F. Polaschek (Hrsg.), **Kriegsverbrecherprozesse in Österreich.** Eine Bestandsaufnahme. Historische und gesellschaftspolitische Schriften des Vereins CLIO, Bd. 2, Graz 2003, 167 Seiten, Ladenpr. € 12,- ... Stück
- Herwig Czech, **Erfassung, Selektion und „Ausmerze“.** Das Wiener Gesundheitsamt und die Umsetzung der nationalsozialistischen „Erbgesundheitspolitik“ 1938 bis 1945, Deuticke 2003, 177 S., Ladenpr. € 19,90 ... Stück
- Thomas Mang, **„Gestapo-Leitstelle Wien — Mein Name ist Huber“.** Wer trug die lokale Verantwortung für den Mord an den Juden Wiens? Schriftenreihe des DÖW zu Widerstand, NS-Verfolgung und Nachkriegsaspekten, Bd. 1, LIT Verlag 2003, 283 S., Ladenpr. € 19,90 ... Stück
- Karl Glaubauf, Stefanie Lahousen: **Generalmajor Erwin Lahousen.** Ein Linzer Abwehroffizier im militärischen Widerstand. Schriftenreihe des DÖW zu Widerstand, NS-Verfolgung und Nachkriegsaspekten, Bd. 1, LIT Verlag 2004, 71 S., Ladenpr. € 9,90 ... Stück

Name:

Adresse:

Unterschrift:

Telefonische Bestellungen bitte unter 53 436/90319.

**Österreichische Post AG/
Sponsoring.Post**
Verlagspostamt
1010 Wien

Zulassungs-Nr.
02Z031276 S